

Familienpolitik auf dem Holzweg

**Liebe Leser*innen,
liebe Freund*innen des Familienbundes,**

vor allem aus der Bundespolitik (aber auch aus den Kommunen) gibt es in den letzten Wochen einige Entwicklungen, die der Familienbund mit großer Sorge zur Kenntnis nimmt. Als Begründung für diese negativen Entwicklungen muss meistens die schlechte Finanzlage des Staates herhalten. Verwunderlich sind dann Aussagen der Bundesfamilienministerin Prien, die nach eigenen Angaben diese Änderungsvorschläge von ihrem Ministerium nicht gut findet. Sie müsse aber Kürzungsgebote von Bundesfinanzminister Klingbeil umsetzen, da der Bundeshaushalt den bisherigen Umfang der Familienpolitik angeblich nicht mehr finanzieren könne.

Der Familienbund hält diese Entwicklungen für sehr bedenklich, da die Geburtenrate in Deutschland in den letzten zwei Jahren wieder um ca. 20 % zurückging. Sicherlich liegt dies auch an der insgesamt negativen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Auch die bekannten anderen Dauerkrisen (z.B. Ukraine-Krieg, Wohnungsnot, steigende Jugendarbeitslosigkeit, Klimawandel, Demokratie unter Druck, Kinderbetreuungsprobleme) reduzieren anscheinend spürbar den Kinderwunsch von potentiellen Eltern. Vor diesem Hintergrund bei den Familien zu sparen, ist grob fahrlässig.

KÜRZUNGEN IM MANTEL VON REFORMEN

Nach dem jetzigen Stand soll es in den Bereichen Elterngeld, Mitversicherung Ehe- und Lebenspartner*innen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Unterhaltsvorschuss und Kinderbetreuung Kürzungen und Veränderungen geben. Beim Elterngeld wird von Reform gesprochen, die aktuellen Pläne sind jedoch eine drastische Kürzung, die man auch durch den Verweis auf Partnerschaftlichkeit nicht schönreden kann (S. 5).

Ab 01.01.2028 soll die sog. „beitragsfreie“ Mitversicherung für viele Ehe- und Lebenspartner*innen in der GKV entfallen. Stattdessen wird für die versicherten Ehepartner*innen ein zusätzlicher Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 2,5 % des beitragspflichtigen Einkommens fällig. Wenn

man bedenkt, dass die Mitversicherung von Familienangehörigen faktisch nicht beitragsfrei ist (darauf verweist der Familienbund schon lange und immer wieder), wirkt ein solcher Zusatzbeitrag wie eine Bestrafung nichterwerbstätiger (oder -fähiger) Ehepartner*innen. Unverständlich, warum das Verfassungsgericht dagegen keine verfassungsrechtlichen Bedenken hat. Wenigstens konnte der Familienbund darauf hinwirken, dass die Mitversicherung bestehen bleibt, solange Kinder unter 12 Jahren in der Familie leben.

Beim Unterhaltsvorschuss ist im Gespräch, dass dieser für Kinder ab 16 Jahren künftig entfallen soll. Und in der „Kinderbetreuung“ haben sich aufgrund der Finanznot der Kommunen oft die Elternbeiträge für Krippen- und Kindergartenplätze in den letzten Monaten spürbar erhöht. Außerdem wurden in diesem Bereich erstmals seit langer Zeit wieder Kündigungen von pädagogischen Personen aufgrund des Rückgangs der Nachfrage nach Krippen- und Kindergartenplätzen in Baden-Württemberg ausgesprochen. Wahrlich keine guten Entwicklungen.



Tobias Weidemann
Diplom-Verwaltungswirt (FH)
und Betriebswirt (VWA),
Leitungsteamsprecher des
Familienbundes Freiburg



Fortsetzung Leitartikel

EINSPARUNGEN BEI FAMILIEN
ZU KURZFRISTIG GEDACHT

Der Familienbund spricht sich deutlich gegen diese Veränderungen aus. Leider haben Familien in der Politik keine ausreichende Lobby. Finanzprobleme auf dem Rücken von Familien verringern zu wollen ist viel zu kurzfristig gedacht und mittel- und langfristig auch finanziell eine Katastrophe für Staat und Gesellschaft.

Ab September 2026 wird damit begonnen, die Ganztages-
schule auch in Baden-Württemberg für die Schüler*innen

der Klasse 1 einzuführen. Wir werden Sie auch zu diesem Thema informieren. Hier gibt es zum Glück Verbesserungen für die Familien im Land.

Und zu guter Letzt: Wir suchen neue Leitungsteammitglieder zur Mitarbeit an interessanten Themen – siehe S. 8. Melden Sie sich gerne bei uns, wir freuen uns auf Sie!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe.

Ihr
Tobias Weidemann



Tobias Weidemann
Diplom-Verwaltungswirt (FH)
und Betriebswirt (VWA),
Leitungsteamsprecher des
Familienbundes Freiburg

Was ist drin für Familien?

FAMILIENPOLITISCH RELEVANTE AUSSAGEN IM KOALITIONSVERTRAG DER
NEUEN (ALTEN) LANDESREGIERUNG

Am 9. Mai 2026 haben die Regierungsparteien Bündnis90/Die Grünen und CDU den neuen Koalitionsvertrag genehmigt. 163 Seiten umfasst dieses Dokument. Alle 163 Seiten hat Leitungsteamsprecher Tobias Weidemann durchgelesen und für Forum Familie die familienpolitischen Aussagen der neuen (alten) Landesregierung herausgearbeitet. Lesen Sie nachstehend seine wichtigsten Erkenntnisse daraus.

Der Koalitionsvertrag „Aus Verantwortung fürs Land“ zwischen den Bündnisgrünen und der CDU gilt für die Dauer der 18. Legislaturperiode (voraussichtlich 2026 bis 2031). Er ist in 15 Kapitel gegliedert und enthält viele Aussagen zu unterschiedlichen Themen. Familien sind bei etlichen dieser Themen (z.B. Bildung, aber auch Bauen und Wohnen, Soziales oder Finanzen) direkt oder indirekt von den Vorhaben der neuen (alten) Landesregierung betroffen.

Alle Aussagen des Vertrags stehen unter Finanzierungsvorbehalt (Kap. 15), d.h. Vorhaben werden nur umgesetzt, wenn Haushaltsgelder zur Verfügung stehen. An vielen Stellen im Koalitionsvertrag wird der Abbau von Bürokratie und eine Forcierung der Digitalisierung versprochen. Der Vertrag enthält keine Gewichtungen für die Umsetzung der in den Kapiteln getätigten Aussagen zu den einzelnen Themen. Im Folgenden werden die wichtigsten familienpolitisch relevanten Aussagen aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Soziales und Wohnen kurz dargestellt und kommentiert.

IM BEREICH WISSENSCHAFT, FORSCHUNG,
KUNST UND MEDIEN (KAPITEL 3):

- Das Land setzt sich beim Bund für eine Erhöhung des BAföG-Satzes und eine Erhöhung der Bundesmittel für das Programm „Junges Wohnen“ ein.

IM BEREICH BILDUNG, JUGEND UND SPORT
(KAPITEL 4):

- Die finanzielle Unterstützung der Träger bei der Gewährung von pädagogischer Leitungszeit soll fortgeführt werden.
- Die Mittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz (KiQuTG) vom Bund an die Länder sollen dauerhaft und dynamisiert zufließen.
- Erfolgsprogramme wie „Direkteinstieg Kita“ und PIA (Praxisintegrierte Ausbildung) werden fortgesetzt.

Richtig! Familien brauchen verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote: Dazu gehört eine umfassende Strategie zur Finanzierung von Einrichtungen sowie zur Fachkräftegewinnung und -sicherung.

- Es soll ein verbindliches und kostenfreies letztes Kindergartenjahr mit obligatorischen Bildungsinhalten eingeführt werden.

Die Richtung stimmt! Familien brauchen finanzielle Entlastung bei der Kinderbetreuung: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte nicht vom Geldbeutel abhängen. Und Bildung ist Gemeinschaftsaufgabe. Aber warum nicht auch Kostenfreiheit für die Jahre davor? Und ist verbindlich und obligatorisch gleichbedeutend mit verschult?

- Das Sprachförderprogramm „SprachFit“ in Kitas sowie das Jugendbegleiterprogramm an Schulen werden fortgeführt und ausgebaut.

Richtig! Sprachförderung ist ein wichtiger Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit: Sie trägt dazu bei, bestehende Nachteile aufgrund sozioökonomischer, kultureller oder geographischer Herkunft abzubauen.

- Der Ausbau der Ganztagesbetreuung für Grundschüler wird gestärkt. Die Finanzierung von 68 % der Betriebskosten dafür werden im Landeshaushalt verankert.

Wichtiges Ziel! Dadurch wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt: Eine verlässliche Planbarkeit des Familienalltags sowie eine Absicherung der Finanzierung des Betreuungsangebots ist für ein gelingendes Familienleben essentiell.

- Der Digitalpakt Schule 2.0 des Bundes wird im Land umgesetzt.
- Auf Bundes- und europäischer Ebene setzt sich das Land für eine wirksame Altersbegrenzung bei Social Media ein.
- Einführung des Fachs Ethik stufenweise ab 2027/2028 in der Grundschule.
- Islamischer Religionsunterricht soll weiter ausgebaut werden.
- Die 2024 eingeführte Grundschulempfehlung „2 aus 3“ bleibt bestehen.
- An Realschulen können ab der fünften Klasse reine G-Niveau-Züge eingerichtet werden.
- Gemeinschaftsschulen erhalten ein festes, auskömmliches und bedarfsgerechtes Kontingent an Gymnasiallehrkräften.
- Die Unterstützung des Landes für die Sanierung von Schulbauten soll verstetigt werden.
- Musik- und Jugendkunstschulen bekommen dauerhaft echte 12,5 % Kostenzuschuss für pädagogisches Personal. Dieser Zuschuss soll später auf 15 % erhöht werden.

IM BEREICH SOZIALES, GESUNDHEIT UND
INTEGRATION (KAPITEL 8):

- Familien sollen gestärkt werden, indem die Familienförderstrategie konsequent umgesetzt wird und Angebote wie Familienbildung und das Landesprogramm „STÄRKE“ bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Richtig! Familien brauchen unterstützende Strukturen: Die Familienförderstrategie stellt sicher, dass Familien dauerhaft und verlässlich in ihrer Stabilität und Handlungsfähigkeit gestärkt werden, und kann so zu einem gelingenden Familienleben beitragen.

- Der Landesfamilienpass (reduzierte Eintritte und andere Förderungen) soll noch attraktiver gestaltet werden.

IM BEREICH BAUEN, WOHNEN UND PLANEN
(KAPITEL 9):

- Ein neuer Gebäudetypus (BW-Standard) mit vereinfachten Standards wird eingeführt, der kostengünstiges Bauen und Umbauen möglich macht. Dieser Standard wird vom Land als Bauherr in Neu- oder Umbauvorhaben zur Anwendung gebracht.
- Musterverträge sollen privaten Akteuren notwendige rechtliche Hilfestellungen geben.
- Die Regelungen zur Stellplatzpflicht werden kommunalisiert, um eine Absenkung der Baukosten auf Null für Stellplätze zu ermöglichen.
- Serielles Bauen soll durch Vereinfachungen vorangetrieben werden.

Richtig! Baukosten können so effektiv reduziert werden: Davon profitiert der Soziale Wohnungsbau und somit alle Familien, die auf bezahlbaren Wohnraum in angemessener Größe angewiesen sind. Damit hat es eine zentrale Forderung des Familienbunds in den Koalitionsvertrag geschafft.

- Mit dem Programm „HeimVorteil BW“ wird ein Beitrag zur Eigentumsbildung geleistet.
- Beim Bund setzt sich das Land für Freibeträge beim Ersterwerb von Wohnraum ein.
- Familien sollen die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohnraum erstattet bekommen (vergleichbar mit dem Hessen-Modell).
- Der Bund soll dafür sorgen, dass sich Notar-, Grundbuch- und Maklerkosten am tatsächlichen Arbeitsaufwand orientieren.
- Darlehenszinsen für selbstgenutzten Wohnraum sollen steuerlich abzugsfähig werden.

Das sind Schritte in die richtige Richtung! Familien brauchen beim Erwerb von Wohneigentum Unterstützung: Steuerliche Erleichterungen können der strukturellen Benachteiligung von Familien auf dem Wohnungsmarkt entgegenwirken. Übrigens: Einige dieser Punkte standen schon in Koalitionsvertrag von 2021.

- Landesbürgschaften sollen rechtsformunabhängig dauerhaft nutzbar sein für sozial gebundenen Wohnraum.
- Die Anzahl der Förderprogramme im Bauwesen soll reduziert und standardisiert werden.
- Im Wohnungsbau sollen die Landesmittel dauerhaft dem Finanzierungsanteil des Bundes entsprechen.
- Die Städtebauförderung wird fortgeschrieben und weiterentwickelt.
- Das Programm „Junges Wohnen“ zum Ausbau von Wohnraum für Azubis, FSJler*innen und Studierenden wird fortgeführt, flexibler und niederschwelliger zugänglich.

Die Richtung stimmt! Der soziale Wohnungsbau muss stärker gefördert werden: Durch Erhöhung der Landesmittel und mehr Übersichtlichkeit bei den Förderprogrammen verbessern sich die Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnungsbau. Dies reicht jedoch nicht aus, solange weiterhin die Vorgabe besteht, dass die Miete zwingend 33 % unter der örtlichen Vergleichsmiete liegen muss.

- Private Vermieter, die unterhalb der örtlichen Vergleichsmiete vermieten, sollen steuerlich entlastet werden.
- Der Mietwohnungsbau soll mit einer weiteren Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen durch den Bund gezielt unterstützt werden.
- Das Mietrecht soll auf Bundesebene klarer zwischen privater Kleinvermietung und großen Wohnungskonzernen unterscheiden.
- Die Mietpreisbremse soll rechtssicher und mit angepasster Gebietskulisse verlängert werden.

FAZIT:
FAZIT:
FAZIT:
FAZIT:
FAZIT:
FAZIT:

Die Ideen und Ziele in den genannten Bereichen werden vom Familienbund vornehmlich unterstützt. Ob sie ausreichend sind, ist eine andere Frage. Für den Bausektor dürften sie nicht ausreichend sein, um dort spürbare Steigerungen für den Bau von neuen Sozialwohnungen zu erreichen. Wir werden im Familienbund genau hinschauen, was die Landesregierung in diesen Bereichen bewirkt und an Vorhaben tatsächlich umsetzt. Man darf gespannt bleiben.



Bezahlbarer Wohnraum, nachhaltige Energiepolitik, gutes Bildungssystem: Auf insgesamt knapp 200 Postkarten zeigen Bürger*innen aus der Erzdiözese Freiburg auf, welche Wünsche und Anliegen von der neuen Landesregierung in Zukunft angegangen werden sollen.

200 Postkarten für Özdemir und Hagel

Entstanden sind die Karten im Vorfeld der baden-württembergischen Landtagswahl: Unter der Überschrift „Gruß nach Stuttgart – deine Post an die neue Landesregierung“ haben wir uns im Familienbund zusammen mit der Fachstelle Demokratiebildung des Bildungswerks mit einer Schreibmaschine unter dem Arm auf den Weg zu den Wähler*innen gemacht – in die Kneipe, Stadtbibliothek, Kirchengemeinden und Schulen. Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven wurden zum Gespräch eingeladen. Sie schilderten, was sie sich für die Gesellschaft von der Politik wünschen. Diese Wünsche und Anliegen haben wir auf Postkarten getippt, die wir dann gesammelt am 14. April 2026 an Cem Özdemir und Manuel Hagel als Vertreter der neuen Landesregierung geschickt haben.

DIE ANLIEGEN DER MENSCHEN

Der „Gruß nach Stuttgart“ macht deutlich, was die Menschen im Land umtreibt:

„Ich wünsche mir mehr bezahlbaren Wohnraum.“
„Wir wünschen uns eine kostenfreie Mobilität für Kinder, damit der ÖPNV zum Normalfall wird.“

„Ich wünsche mir, dass Schwimmbäder, Büchereien, zivilgesellschaftliche Initiativen und Begegnungsstätten erhalten bleiben.“

„Ich wünsche mir, dass das dritte Kindergartenjahr verpflichtend und kostenlos wird.“

„Schulsozialarbeit sollte stets finanziell unterstützt werden.“

„Bitte setzen Sie sich ein für ein verpflichtendes Praktikum für alle Politiker*innen in Schule und Grundschule.“

„Ich wünsche mir eine ehrliche Entrümpelung der Bildungspläne.“

„Ich wünsche mir, dass queere Themen stets respektiert und mitgedacht werden.“

„Altersbeschränkungen in der digitalen Welt durchsetzen, Algorithmen kindgerecht überprüfen.“

„Bitte tun Sie etwas, damit die Ausländerbehörde besser arbeitet und kommuniziert.“

„Ich wünsche mir eine nachhaltige Energiepolitik zum Erhalt unserer Umwelt für unsere Kinder.“

Diese Zitate sind nur eine kleine Auswahl. Anliegen aus dem Bereich Schule, Kita und Bildung als originäres Landesthema kamen besonders häufig vor, ebenso Themen wie Umwelt- und Klimaschutz oder Demokratie und Teilhabe.

Besonders beeindruckend war, wie Kinder und Jugendliche ihre Wünsche an die Politik in konkrete Worte fassten. „Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass es Familienpreise gibt, unabhängig von der Anzahl Kinder!“ Oder: „Ich wünsche mir immer auch bare Zahlungsmethoden, z.B. im Bus, denn ich habe noch keine Bankkarte und kein Handy.“

PRÄSENZ IN DEN KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Die Postkarten sind pünktlich zum Beginn der Koalitionsverhandlungen von Grünen und CDU bei den Fraktionen eingegangen. Somit waren die Anliegen und Wünsche der Menschen im Rahmen der Verhandlungen vor Ort präsent. Wie diese dann in der Politik konkret berücksichtigt werden, bleibt abzuwarten. Bei Redaktionsschluss lagen noch keine Rückmeldungen dazu aus Stuttgart vor, um die wir in unserem Anschreiben an die Fraktionen gebeten haben. So bleiben wir gespannt auf die Antwort. Im Koalitionsvertrag stehen immerhin einige der angesprochenen Themen drin. (L.G.)

Unsere Schreibmaschine leistete gute Dienste – hier bei der Aktion an der Katholischen Fachschule für Sozialpädagogik Agneshaus in Karlsruhe



Lucia Gaschick, Tobias Weidemann und Gemeindereferent Pious Joseph bei der Postkartenaktion in der Kirche St. Martin in Forchheim/Rheinstetten



Die Postkarten sollen bei den Koalitionsverhandlungen und dem Regierungswirken Beachtung finden – auf den Weg gebracht haben diese Barbara Ehrensberger (links) und Lucia Gaschick.

ELTERNGELD-REFORM DER BUNDESREGIERUNG:

So erledigt sich das Thema Familie von selbst

Vor einigen Wochen hat Bundesfamilienministerin Prien Pläne für eine Reform des Elterngeldes unterbreitet. Veränderungen beim Elterngeld sind schon seit längerem angedacht und wurden vom Familienbund auch seit geraumer Zeit angemahnt. Erheblich beschleunigt wurde der Prozess durch die Vorgabe von Finanzminister Klingbeil, wonach im Haushalt des BMBFSFJ (Bundesministerium für Bildung, Familien, Senior*innen, Frauen und Jugend) 500 Millionen Euro einzusparen sind.

Elterngeld können Mütter und Väter bis zu einer Einkommensgrenze von 175.000 Euro beantragen, wenn sie nach der Geburt eines Kindes eine berufliche Auszeit nehmen. Derzeit wird es bis zu 14 Monate ausgezahlt, wenn jedes Elternteil mindestens zwei Monate Betreuungszeit übernimmt.

An diesem Setting soll es nun einige einschneidende Änderungen geben, da das Einsparziel des Ministeriums komplett über die geplante Elterngeld-Reform erreicht werden soll:

■ Die maximale Bezugsdauer des Elterngeldes soll von 14 auf 12 Monate reduziert werden.

■ Die Wahlfreiheit der Eltern soll eingeschränkt werden: 12 Monate werden im Gegensatz zu bisher nur dann noch gewährt, wenn beide Elternteile mindestens 3 Monate in Anspruch nehmen („3+6+3“-Modell). Für Alleinerziehende gibt es bis zu 12 Monate volles Elterngeld.

■ Der Mindestbetrag soll von 300 auf 330 Euro geringfügig angehoben werden.

■ Der Höchstbetrag soll von 1.800 auf 1.900 Euro steigen.

Der Familienbund sieht diese geplanten Veränderungen sehr kritisch. Die schon lange überfällige Erhöhung von Mindest- und Höchstbetrag bleibt weit hinter einem echten Inflationsausgleich der vergangenen 19 Jahre zurück. Und eine Reform, die ihr eigenes Sparziel nur erreicht, wenn der zweite Elternteil seine drei Elterngeldmonate nicht nimmt, verdient ihren Namen nicht, geschweige denn stärkt sie die Partnerschaftlichkeit. Sie ist die freundlichere Bezeichnung für eine Kürzung auf dem Rücken der Familien, die sich die Aufteilung schlicht nicht leisten können. Damit blendet die Reform die Lebenswirklichkeit vieler Familien aus. (L.G.)

KOMMENTAR: KINDER SIND KEINE SPARDOSE DES STAATES

Kinder zu bekommen ist eine der größten Entscheidungen im Leben. Sie verändern alles, den Alltag, die Prioritäten, den Blick auf die Zukunft. Sie fordern, manchmal über die eigenen Grenzen hinaus, und zugleich bereichern sie unser Leben auf unvergleichliche Weise. In ihrem Dasein liegt Hoffnung, Kreativität und die Innovationskraft von morgen. Gerade deshalb müssen Kinder ins Zentrum unseres gesellschaftlichen Interesses rücken.

Wer sich für ein Kind entscheidet, entscheidet sich nicht für einen Luxus, sondern für Verantwortung. Umso alarmierender ist es, dass wir es werdenden Eltern in einer ohnehin sensiblen Lebensphase zunehmend schwer machen. Die Lücke zwischen gewünschter Kinderzahl und tatsächlicher Realität zeigt deutlich, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Besonders unverständlich ist daher die Debatte um Kürzungen beim Elterngeld.

Es ist keine beliebige Sozialleistung, sondern eine gezielte Unterstützung für Eltern. Es soll ihnen einen finanziellen Schonraum von mindestens einem Jahr eröffnen, Zeit für die Familie ermöglichen und verhindern, dass ein Kind zum Armutsrisiko wird.

Familien brauchen Verlässlichkeit. Wer heute über Kinder nachdenkt, schaut sehr genau auf die Rahmenbedingungen: steigende Mieten, fehlende Betreuungsplätze, unsichere Arbeitsverhältnisse. Wenn ausgerechnet beim Elterngeld zusätzlich gekürzt wird, sendet das ein fatales Signal. Es verunsichert und erschwert die Entscheidung für Kinder. Dabei wäre das Gegenteil notwendig. Das Elterngeld hat seit seiner Einführung für viele Eltern erheblich an Kaufkraft verloren. Besonders betroffen sind arme Familien. Damit das Mindestelterngeld von 300 Euro auch heute noch die notwendigsten Ausgaben für ein Kind abgedeckt, müsste es auf mindestens 500 Euro steigen. Statt es endlich richtig anzupassen, wird entgegen politischer Zusagen über Einsparungen diskutiert.

Kinder sind die Grundlage unseres Sozialstaats und unseres künftigen Wohlstands. Wer heute an Familien spart, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deswegen brauchen wir eine Politik, die Mut macht: ein gestärktes Elterngeld, verlässliche Rahmenbedingungen und echte Partnerschaftlichkeit im Sinne von Wahlfreiheit und Flexibilität für beide Eltern. Vor allem aber brauchen Familien die Gewissheit: Auf dieses Land ist Verlass.



Ulrich Hoffmann
Präsident des Familienbundes
der Katholiken

Zum Thema Geburtenrückgang war MATTHIAS DANTLGRABER, Bundesgeschäftsführer des Familienbundes, Ende Mai im Radio zu hören. Den Podcast gibt es hier: <https://www.swr.de/kultur/gesellschaft/babyflaute-statt-kindersegen-warum-uns-der-nachwuchs-ausgeht-forum-2026-05-26-100.html>





Karlheinz Heiss

Landesvorsitzender und
Vorsitzender des Familienbunds
der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Aufarbeitung ist der Schlüssel zur Gerechtigkeit

Beim Fachtag des Familienbunds kamen Betroffene, Politiker*innen, Aufarbeitende und Vertreter*innen der Medien zusammen, um gemeinsam auf das Thema sexualisierte Gewalt in Institutionen wie Kirche und Sport zu schauen und zu diskutieren, was es für eine gelingende Aufarbeitung braucht.

Am Samstag, 20. Juni 2026 fand in Stuttgart der Fachtag „Aufarbeitung ist der Schlüssel zur Gerechtigkeit“ statt. Eingeladen hatten wir vom Familienbund der Katholiken Landesverband Baden-Württemberg mit dem Ziel, aus verschiedenen Perspektiven auf das Thema sexualisierte Gewalt in Institutionen wie Kirche und Sport sowie auf die Aufarbeitung zu schauen. Teilnehmende aus mehreren Bundesländern und Diözesen sind der Einladung nach Stuttgart gefolgt.

Unsere Idee war es, Betroffene, Politiker*innen, Aufarbeitende und Vertreter*innen der Medien zusammenzubringen, um gemeinsam über den Stand der Aufarbeitung in Baden-Württemberg nachzudenken. Dass der Fachtag dies

sehr gut erfüllen konnte, zeigte sich am regen Austausch zwischen diesen verschiedenen Gruppen untereinander, in den guten und konstruktiven Gesprächen sowie den vielen positiven Rückmeldungen zum ganzen Tag.

Vielfalt war angesagt bei den Vorträgen, mit denen der Tag in Stuttgart-Degerloch begann. Dr. Lena Hofer, Wissenschaftstheoretikerin aus München, referierte über Begriffe im Kontext von organisierter sexualisierter und systematischer Gewalt. Prof. Dr. Jörg Eisele, Professor für Strafrecht an der Universität Tübingen, stellte in seinem Vortrag die Entwicklung des Sexualstrafrechts in Deutschland vor. Prof. Dr. Timo Stiller, Sportwissenschaftler an der PH Schwäbisch Gmünd, schilderte aus der Sicht des Sports, wie sich aus dem Blick auf den Nationenmedaillenspiegel bei Olympia ein mitunter zerstörerischer Druck auf Sportfunktionäre und Athlet*innen aufbaut.

Wie ist die persönliche Einschätzung des Stands der Aufarbeitung in den Kirchen und im Sport?

Der Nachmittag führte die Teilnehmenden in einen intensiven Austausch mit vier Betroffenen: Michelle Timm, die immer wieder die Aufarbeitung am Kunstturnforum in Stuttgart kritisiert; Raphael Hildebrandt, der Missbrauch durch einen katholischen Priester erleben musste; Detlev Zander, ehemaliges Heimkind in Korntal und Sprecher der Betroffenenvertretung im Beteiligungsforum der Evangelischen Kirche Deutschland und der Diakonie Deutschland; Rolf Fahnenbruck, Betroffener im Umfeld der Katholischen Kirche.

Im abschließenden Podiumsgespräch wurde diskutiert, wie Aufarbeitung der Schlüssel zur Gerechtigkeit sein kann. Auf dem Podium saßen Thomas Poreski, stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag,

(links) Prof. Stiller referiert über den Medaillenspiegel und wie dieser den Spitzensport dominiert.
(rechts) Landesvorsitzender Karlheinz Heiss dankt der Referentin Dr. Lena Hofer mit einem Paket Kaffee mit dem passenden Namen „Esperanza“.



Moderator Christoph Weinmann stellt die vier Interviewpartner*innen für die Kleingruppenarbeit vor (v.l.n.r.): Rolf Fahnenbruck, Michelle Timm, Raphael Hildebrandt und Detlev Zander.

Miriam Hesse, Journalistin, Detlev Zander, Prof. Dr. Timo Stiller und Prof. Dr. Jörg Eisele, der seine Expertise auch als Co-Vorsitzender der Aufarbeitungskommission in der Diözese Rottenburg-Stuttgart einbrachte.

Damit aus der Aufarbeitung Gerechtigkeit erwachsen kann, ist für Prof. Eisele zentral, dass die entscheidende Person die Verantwortung trägt und die Empfehlungen der Aufarbeitungskommission auch umsetzt. Das ist auch Prof. Stiller mit Blick auf den Spitzensport ein Anliegen: „Wer Macht hat, muss Verantwortung übernehmen“ und dazu brauche es in erster Linie Menschen mit Haltung. Auf die Frage, welche Verantwortung die Politik in diesem Zusammenhang übernehmen könne, stellt Thomas Poreski in Aussicht, die Netzwerke Kinderschutz landesweit auszurollen sowie die Qualitätssicherung in den Jugendämtern voranzutreiben. Das Thema Aufarbeitung sei jedoch bislang nur im Bereich der staatlichen Heimerziehung angegangen worden, andere Bereiche wie Schule lägen noch brach. Hier aktiv zu werden,

so die Journalistin Miriam Hesse, müsste von den Medien und der Öffentlichkeit viel stärker eingefordert werden. Stattdessen beobachte sie ein „gesamtgesellschaftliches Ausblenden“ des Themas, sobald die jeweiligen Skandale abgeebbt seien.

Mit diesem Fachtag ist es gelungen, die wichtigsten Player bei der Aufarbeitung an einen Tisch zu bringen. Podiumsgäste wie auch Teilnehmende konnten voneinander lernen und sich zugleich für die Weiterarbeit vernetzen. Die Aussagen der Teilnehmenden und der Expert*innen hierzu waren eindeutig: Der Austausch ist noch nicht die Aufarbeitung; aber wenn Aufarbeitung zu Gerechtigkeit führen soll, dann ist dies die Grundlage.

Der Wunsch der Teilnehmenden war, in dieser Form eines breiten Austauschs der verschiedenen Perspektiven am Thema weiterzuarbeiten. Der Familienbund plant den nächsten Fachtag in diesem Format für 2028.



Prof. Eisele bei seinem Vortrag über den Wandel des Sexualstrafrechts

Seit 1 Jahr im Leitungsteam

Jüngstes Leitungsteammitglied Debora Frühwirth stellt sich vor und erzählt im Interview mit Forum Familie, was ihr im Familienbund besonders gefällt.

Forum Familie (FF): Debora, was möchtest du unseren Leser*innen gerne über dich selbst erzählen?

Ich bin Schülerin an einem beruflichen Gymnasium und engagiere mich als Mediatorin, Schulsanitäterin und in der SMV. Ehrenamtlich arbeite ich im Team der „JesusBande“ und im Firmteam meiner Pfarrei mit. Meine Freizeit verbringe ich mit Freunden, lesen, Musik machen und hören. Außerdem bin ich gerne mit meiner Familie zusammen.

FF: Vor rund einem Jahr hast du dich entschlossen, im Leitungsteam des Familienbunds mitzuwirken. Warum?

Ich habe mich ins Leitungsteam wählen lassen, weil durch mein Praktikum beim Familienbund mein Interesse an familienpolitischen Themen gestärkt wurde und ich mich in dem Bereich vermehrt engagieren wollte. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft, deswegen ist mir das sehr wichtig.

FF: Wo liegt deiner Meinung nach aktuell die größte familienpolitische Baustelle?

Die größte familienpolitische Baustelle sehe ich in den Bereichen Bildung und Chancengleichheit für alle Familien, unabhängig von ihrem Einkommen.

FF: Welches Fazit ziehst du jetzt, nach deinem ersten Jahr im Leitungsteam?

Die Mitarbeit im Familienbund macht mir viel Spaß. Vor allem die Aktionen rund um die Landtagswahl 2026 fand ich toll. Besonders spannend waren für mich die Gespräche mit Politiker*innen. Bei der Auseinandersetzung mit familienpolitischen Themen konnte ich neue Perspektiven gewinnen. Insgesamt kann ich nach einem Jahr Familienbund sagen, dass ich viele tolle Menschen kennengelernt habe und meinen Horizont erweitern konnte.

FF: Vielen Dank für deinen Einsatz, Debora, und viel Spaß weiterhin im Leitungsteam!



Debora Frühwirth
Wohnort: Lichtenau
Meine Familie: Ich habe drei Schwestern

WICHTIG:

24.04.2027

**SAVE
THE
DATE**

**Das Netzwerktreffen
2027 für Mitglieder und
Interessierte findet statt
am**

24. April 2027

**im Bildungshaus St.
Bernhard in Rastatt.**

**Am besten gleich in den
Kalender eintragen!**

Auf dem Podium (v.l.n.r.): Detlev Zander, Thomas Poreski MdL, Moderator Christoph Weinmann, Miriam Hesse, Prof. Dr. Jörg Eisele und Prof. Dr. Timo Stiller.

Wir suchen Verstärkung für unser Team!



TOBIAS

Der Einsatz für Familien in Politik und Gesellschaft ist für mich eine Herzensangelegenheit. Alles immer nur zu kritisieren ist leicht, aber nicht konstruktiv. Die Vorträge und Diskussionen im Familienbund zu familienpolitischen Themen sind für mich auch persönlich ein großer Zugewinn.



DEBORA

Die Mitarbeit im Familienbund macht mir viel Spaß! Ich habe schon viele tolle Menschen kennengelernt und kann meinen Horizont erweitern.



LUCIA

Das Spannendste im Familienbund sind für mich die Gespräche mit den Politiker*innen. Da gibt es immer eine Resonanz und ich spüre, dass die Meinung des Familienbunds diesen Menschen wichtig ist.

ES BRAUCHT NUR WENIG:

- ♥ Ein Herz für Familien
- 👉 Interesse an Familienthemen
- 🕒 Ein Zeitbudget von 2 – 8 Stunden im Monatsdurchschnitt (zum Lesen, Mitdenken, Feedback geben...)

UND ES KOMMT VIEL ZURÜCK:

- 👤 Kontakt zu interessanten Menschen
- ✂ Diskussionen mit Politiker*innen
- 👉 Spannende Veranstaltungen
- 🕒 Alle aufgewendeten Kosten
- 👉 Große Wertschätzung und Dankbarkeit

WIR FREUEN UNS AUF DICH / SIE!

GERNE MELDEN BEI:

Lucia Gaschick
0761-5144203
info@familienbund-freiburg.de

WEITERE INFOS UNTER:

www.familienbund-freiburg.de



oder auf Instagram:
[@fabu.freiburg](https://www.instagram.com/fabu.freiburg)



Impressum

Herausgeber und Verlag: Familienbund der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg, Okenstr. 15, 79108 Freiburg, Tel. 0761 5144-203, Fax 0761 5144-76203, info@familienbund-freiburg.de

Redaktion: Dr. Lucia Gaschick (L. G.), ISSN 0945-2338 Druck: Hofmann Druck, Emmendingen

Gestaltung: d|e|sign Kreativagentur, Ettenheim

Bilder: Familienbund Freiburg · Online verfügbar unter www.familienbund-freiburg.de